



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Oktober
2022**

Guten Tag!

Lebensmittel- und Energiepreise steigen in bisher unbekannte Höhen und möglicherweise wird im Winter die Energie knapp. Große Bereiche der deutschen Wirtschaft stehen vor dem Aus. Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Industrieverlagerungen werden die Folge sein. Der Jahrzehnte lange Aufstieg Deutschlands zum Wirtschaftsstandort lag in erster Linie an preisgünstiger und sicherer Öl- und Gasversorgung aus Russland. Fragt man unbedarfte Menschen woher die derzeitigen Engpässe kämen, bekommt man zu hören, es läge am Krieg in der Ukraine.

Wir hatten in den letzten 25 Jahren fast ständig Krieg und die NATO steckte immer mittendrin. Ob beim Krieg gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan, gegen den Irak oder Libyen, keiner dieser völkerrechtswidrigen Kriege führte zu Versorgungslücken bei der Öl- Kohle- oder Gasversorgung. Somit muss die Begründung auch beim Krieg in der Ukraine als Augenwischerei vermutet werden.

Wir alle kennen noch den massiven Druck aus den USA 2019 auf das schweizerische Unternehmen Allseas, das daraufhin die Verlegung der Erdgasrohre für die Pipeline Nord Stream 2 beendete. US-Präsident Biden kündigte schon im Januar 2022 Sanktionen gegen Nord Stream 2 an, Kanzler Olaf Scholz befolgte und bekräftigte sie gehorsam. Inzwischen wissen wir, dass diese Sanktionen zum wirtschaftlichen

Selbstmord bei uns führen. Man meinte Russland damit in die Knie zwingen zu können, und bemerkte nicht, dass wir hauptsächlich uns schaden, ohne am Krieg etwas zu ändern. Internationale Beobachter sprechen inzwischen davon, dass es in dieser politischen Situation nur einen Gewinner gibt, die USA. Sie schwächen die europäische Konkurrenz und verdienen kräftig am Krieg!



R. Weber

Lügen begleiten den Krieg

Krieg war schon immer schlecht und betrifft auch Menschen außerhalb von Kriegsgebieten. In den vergangenen Kriegen wurde dies kaum thematisiert, aber dieses Mal ist das anders. Die Hungersnot soll dramatisch wegen fehlender Getreidelieferungen aus der Ukraine gestiegen sein.

Das von dem türkischen Präsidenten Erdogan federführend mit ausgehandelte Getreideabkommen hat dazu geführt, dass bis zum 23. September 2023 Frachtschiffe die Ukraine verlassen konnten. Nur vier dieser Schiffe brachten im Rahmen des Welternährungsprogramms Weizen in die besonders von Hunger heimgesuchten Staaten Jemen, Afghanistan und Djibouti, wie auf der Webseite der UN nachzulesen ist.

<https://www.un.org/en/black-sea-grain-initiative/vessel-movements>
Der übergroße Teil der Lieferungen ging als Tierfutter und zur Biogasproduktion an Industriestaaten in Europa. Getreide aus Russland fehlt auf den Weltmärkten weitgehend, da deren Ausfuhren durch Sanktionen, vor allem der NATO-Staaten, behindert werden. Dieser Mangel führt an den Getreidebörsen zu Höchstpreisen, die sich Entwicklungsländer nicht leisten können. Der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT verhindert Geldüberweisungen dorthin und unterbricht den Handel mit den auf den Weltmärkten benötigten Waren.

R. Weber

Das Wenige zerrinnt!

Bei den vielen Fehlleistungen, die unsere Regierung auf den Weg bringt, wird die zum 1. Oktober fällige Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro, die Scholz als „große Leistung“ verbucht, dreimal aufgefressen. Eine "beeindruckende Bilanz" wäre das höchstens, hätte sich Olaf Scholz nicht als Bundeskanzler, sondern als Abrissunternehmer verdingt.

P. J. Bosse

Experten warnen vor Blackout im Winter

Von Januar bis Juni wurden in Deutschland 600.000 Elektroheizlüfter verkauft, wie der „Tagesspiegel“ vermeldete. Dies könnte aus Sorge um kalte Wohnungen und horrende Gaspreise Viele dazu bewegen, sich mit Elektroheizkörpern durch den kalten Winter zu bringen. Diese Mehrbelastung könnte wiederum Stromnetze in den Kollaps treiben.

Da fragt man sich schon, wie zukünftig, angesichts von Energiekrisen, die Millionen neuer Elektroautos des nachts aufgeladen werden sollen, wenn schon von Heizlüftern solch ein Risiko ausgeht.

P.J. Bosse

Wirtschaftliches Harakiri

Die Bundesregierung hat sich mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland in eine Sackgasse hineinmanövriert. SPD, Grüne und FDP sind dabei, einen Großteil der Bevölkerung sozial zu ruinieren und Millionen Arbeitsplätze zu zerstören. Skurril mutet hierbei an, dass trotz der Strafmaßnahmen, die Russland ruinieren sollen, auf Vertragstreue Moskaus bei Gaslieferungen gepocht wird. International erntet dieses Andy-Möller-Prinzip der deutschen Außenpolitik – erst zutreten, dann Foul schreien und sich auf den Rasen werfen – nur müdes Kopfschütteln. Damit nicht genug: Mit immer neuen



symbolischen Entlastungspaketen versucht die Ampelregierung darüber hinwegzutäuschen, dass es gerade die Leute mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind, die die Übergewinne der Konzerne per Gasumlage und drastisch erhöhten Energie- und Lebensmittelpreisen bezahlen sollen. Widerstand gegen diese existenzbedrohende Politik der Bundesregierung regt sich und ist notwendig.
Quelle: [Sevim Dagdelen in junge Welt](#)

9-Euro-Ticket muss wiederkommen!

Das am 19. Mai 2022 gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD beschlossene 9-Euro-Ticket war grundsätzlich eine gute Entscheidung, um den Öffentlichen Personenverkehr attraktiver zu machen und Menschen von der Straße auf die Schiene zu bringen. 60 Millionen verkaufte Fahrkarten während der drei Monate Juni bis August zeigten das Interesse der Menschen am Umstieg auf den ÖPNV, machten aber auch die Mängel und Versäumnisse deutlich. Am 31. August war damit wieder Schluss!

Statt Geld dafür zu verwenden, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, die Züge häufiger fahren zu lassen, den Service zu verbessern und somit auch die Klimafreundlichkeit zu verstärken, erzählt man uns das Märchen vom fehlenden Geld.

Stattdessen wurden für die Bundeswehr im Eiltempo 100 Milliarden € Sonderschulden ausgelobt, was beim genauen Hinsehen einem Konjunkturprogramm für die US-Rüstungsindustrie gleichkommt.

Die Dauererhöhung des Bundeswehretats auf 2% des BIP und die den Ukrainekrieg verlängernde Rüstungsmilliarden sind ein Schlag gegen die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung.

**Wir fordern: Her mit dem 9-Euro-Ticket;
Kein zusätzliches Geld für die Bundeswehr!!!**

R. Fertig



***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de***